

Antrag an den Stadtrat auf Einführung eines Sozialpasses in Gummersbach

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Fraktion „DIE LINKE:“ stellt folgenden Antrag an den Stadtrat zur Entscheidung in der
Ratsitzung am 12. Mai 2010:

1. Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen. In dem Sozialpass sollen die Ermäßigungen, etc. dargestellt und zusammengefasst und so für die Benutzerinnen und Benutzer transparent gemacht werden.
2. Den Sozialpass erhalten alle Personen, die:
 - laufende Leistung der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II durch die ARGE erhalten,
 - Wohngeld nach dem WoGG beziehen,
 - den Kinderzuschlag nach 6a BKGG durch die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit erhalten,
 - in einem Alten- bzw. Pflegeheim oder in einer stationären Eingliederungseinrichtung wohnen und lediglich einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung nach dem SGBXII erhalten,
 - laufende Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten,
 - laufende Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGBVIII erhalten,
 - die Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sind.
3. Wir wollen, dass alle MitbürgerInnen -auch die finanziell schwachen- am Leben in allen Bereichen unserer Stadt teilhaben können. Deshalb fördern wir einen echten Sozialpass:
 - 75% Ermäßigung bei VHS und Musikschule und Veranstaltungen der Stadt Gummersbach
 - spürbare Ermäßigung bei Betreuung der Kinder, insbesondere kostenfreies Essen in der Schule und im Kindergarten
 - 50% Ermäßigung in Gummersbach's Schwimmbädern
 - maximal 20€ für ein VRS Monatsticket
 - kostenlose Nutzung der Kreis- und Stadtbibliothek
 - kostenlose Ausfertigung von Abschriften/Beglaubigungen
 - Kostenloses Konto bei der Sparkasse Gummersbach/Bergneustadt
 - Kostenfreie Mitgliedschaft in: Sport- und Kulturvereinen, Vereinen die den Status „Gemeinnützigkeit“ besitzen.
 - Berechtigung zur Nutzung des Angebotes der Oberbergischen Tafel

Begründung:

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für Menschen mit geringem Einkommen nur sehr schwer oder gar nicht möglich. Die Folge sind gesellschaftliche Isolation und Ausgrenzung. Zwar gibt es Vergünstigungen, diese sind jedoch vielen nicht bekannt. Mit dem neuen Sozialpass können bestehende Vergünstigungen nochmals bekannt gemacht werden, neue hinzugefügt und den Betroffenen nahe gebracht werden.

Der 3. Armutsbericht der Bundesregierung hat in eindrucksvoller Weise vor Augen geführt, dass auch in einem der reichsten Industrieländer der Welt Armut eine immer größere Rolle spielt. Damit hat der Bericht die zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzung in der BRD aufgezeigt. Die Frage nach der Zugehörigkeit zur und der Teilhabe an der Gesellschaft wird die zentrale Auseinandersetzung der nächsten Jahre sein. Im Mittelpunkt wird die Frage stehen, ob man es hinnimmt, dass große Teile der Gesellschaft nicht mehr am normalen gesellschaftlichen Leben teilhaben soll, oder ob die Gesellschaft solidarisch alle ihre Mitglieder mit nimmt und integriert.

Der Bericht dokumentiert ein Versagen der Politik der letzten Jahrzehnte. Die Reallohne sind gesunken, mehr als ein Drittel der Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnssektor. Die Einkommensschere geht immer weiter auseinander, ohne Sozialtransfers würde bereits heute jeder vierte Deutsche unter der Armutsgrenze leben. Armut hat mittlerweile längst Teile der Gesellschaft erreicht, für die Armut in der Vergangenheit eigentlich nie ein Thema war. Der Lebensstandard vieler Menschen in Deutschland sinkt, gerade für die ehemalige Mittelschicht ist das eine bittere Erfahrung, denn diese Menschen kannten die Angst vor Armut bisher nicht.

Viele Menschen leben unter der Armutsgrenze, viele Kinder sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, weil ihre Eltern nicht genug verdienen. Viele RentnerInnen, Hartz-IV-EmpfängerInnen und GeringverdienerInnen können es sich nicht mehr leisten am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. So wir eine Busfahrt zur Großmutter oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu einer ständig gegeneinander abzuwägenden Rechenaufgabe.

Alle EinwohnerInnen, ob sie nun viel oder wenig Geld haben, sind ein wichtiger Teil unserer Stadt. Alle BürgerInnen in Gummersbach haben ein Recht darauf am Leben der Stadt teilzuhaben.

Die Ermäßigungen sollten sich an den in den Regelsätzen enthaltenen Anteilen für Kultur, Freizeit und Bildung orientieren und deshalb erhebliche Nachlässe gewähren.

Eine durch den Sozialpass steigende Inanspruchnahme der Einrichtungen und Angebote in Gummersbach kann eine weitgehende Refinanzierung der Kosten sichern.

Mit freundlichen Grüßen